

**Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik  
Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr  
26. Oktober 2006**

5782

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 60. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 26. Oktober 2006

**Präsident Dr. Norbert Lammert**

- (A) war Ungarn, das den ersten Stein aus der Berliner Mauer geschlagen hat.

An Ungarns Mut erinnert eine Gedenktafel am Reichstagsgebäude als – so steht es auf dieser Tafel – „ein Zeichen der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem ungarischen Volk, für ein vereintes Deutschland, für ein unabhängiges Ungarn, für ein demokratisches Europa“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesen Tagen, in denen sich Ungarn und die ganze Welt an den Volksaufstand vor 50 Jahren erinnern, fühlen wir uns den Menschen in Ungarn auf besondere Weise verbunden. Wir wissen sehr genau, was diese 13 Tage im Herbst 1956 für das Land und seine Menschen bedeuten. Sie sollen wissen, was sie für uns bedeuten.

Wir trauern um die Opfer, die im Kampf für Ungarns und Europas Freiheit ihr Leben verloren haben. Wir sind glücklich und dankbar, dass Ungarn heute ein gleichberechtigtes Mitglied der demokratischen europäischen Staatenfamilie ist, die gemeinsam an einer Zukunft in Frieden und Freiheit arbeitet.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, interfraktionell ist vereinbart worden, die verbundene **Tagesordnung** um die in der Zusatzpunktliste aufgeführten Punkte zu erweitern:

**ZP 1 Weitere Überweisungen im vereinfachten Verfahren**  
(Ergänzung zu TOP 30)

Beratung des Antrags der Abgeordneten Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN

**Kosovo-Verhandlungen – für eine neutrale Moderation und eine eigenverantwortliche und einvernehmliche Lösung zwischen Serbien und den Kosovo-Albanern**

– Drucksache 16/3093 –

Überweisungsvorschlag:  
Auswärtiger Ausschuss

**ZP 2 Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN**

**EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum Erfolg führen**

– Drucksache 16/3090 –

Die Tagesordnungspunkte 7 c und 28 werden abgesetzt. Von der Frist für den Beginn der Beratungen soll, soweit erforderlich, abgewichen werden.

Schließlich mache ich auf drei geänderte Ausschussüberweisungen im Anhang zur Zusatzpunktliste aufmerksam:

Die in der 57. Sitzung des Deutschen Bundestages überwiesenen nachfolgenden Anträge sollen zusätzlich dem Ausschuss für Tourismus (20. Ausschuss) zur Mitberatung überwiesen werden.

Antrag der Abgeordneten Matthias Berninger, Grietje Bettin und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**PC-Gebühren-Moratorium verlängern**

– Drucksache 16/2793 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Kultur und Medien (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Tourismus

Antrag der Abgeordneten Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Christoph Waitz, Dr. Karl Addicks, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

**Keine Rundfunkgebühr für Computer mit Internetanschluss – Die Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks grundlegend reformieren**

– Drucksache 16/2970 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Kultur und Medien (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Tourismus

Antrag der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN

**Moratorium für PC-Gebühren – Sofortige Neuverhandlung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages**

– Drucksache 16/3002 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Kultur und Medien (f)  
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie  
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Ausschuss für Tourismus

Sind Sie mit diesen Vereinbarungen einverstanden? – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 4:

Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung

**Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr**

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung.

**Dr. Franz Josef Jung**, Bundesminister der Verteidigung:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich zum eigentlichen Anlass dieser Debatte komme, möchte ich ein paar Bemerkungen zu den **Bildern** von den **Vorfällen in Afghanistan** machen, die wir gestern alle mit Abscheu und Entsetzen zur Kenntnis genommen haben. Dieses Verhalten steht im diametralen Widerspruch zu den Werten unseres Grundgesetzes und

(C)

(D)

**Bundesminister Dr. Franz Josef Jung**

- (A) zu der Ausbildung, die die Bundeswehr auf der Basis der inneren Führung durchführt. Wer sich so verhält, hat in der Bundeswehr keinen Platz.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie wissen, dass die Vorfälle aus dem Frühjahr des Jahres 2003 stammen. Deshalb bin ich froh darüber, dass es uns innerhalb von 24 Stunden gelungen ist, sechs Täter konkret zu ermitteln. Vier gehören der Bundeswehr nicht mehr an, zwei gehören ihr noch an. Wir werden alle disziplinarrechtlichen und strafrechtlichen Konsequenzen ziehen. Wir werden die Täter einer gerechten Strafe zuführen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich habe aber die herzliche Bitte, aus diesem Vorfall keine Pauschalverdächtigung abzuleiten.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Sehr richtig!)

200 000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr waren in Auslandseinsätzen tätig. Sie haben ihren risikoreichen Auftrag in einer hervorragenden Art und Weise erfüllt und das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland gemehrt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe unseren Generalinspekteur Schneiderhan, der heute hier anwesend ist, gebeten, noch einmal die Ausbildungsgrundlagen zu überprüfen und die Frage der entsprechenden Begleitung von Auslandseinsätzen zu klären, um gegebenenfalls Anpassungen vornehmen zu können. Ich glaube, wir sind uns einig: Unser Anliegen ist, dass die Soldaten der Bundeswehr auch und gerade in den herausfordernden **Einsätzen im Ausland die Werte unseres Grundgesetzes** vermitteln und vorleben. Dafür sollten wir uns gemeinsam einsetzen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich jetzt zu dem eigentlichen Thema kommen, nämlich zum von der Bundesregierung vorgelegten „Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr“, das das Bundeskabinett gestern in einer Sitzung im Bundesverteidigungsministerium verabschiedet hat. Dieses Weißbuch wird von der Bundesregierung zwölf Jahre nach Herausgabe des letzten Weißbuches vorgelegt.

Wenn Sie sich vor Augen führen, was sich im Hinblick auf die Fragen der **Sicherheitspolitik** und der sicherheitspolitischen Herausforderungen – auch im Hinblick auf die Situation der Bundeswehr – seit 1994 alles verändert hat, dann wird Ihnen deutlich, welch ein **Transformationsprozess** bei der Bundeswehr stattgefunden hat. Im Jahre 1994 gab es weder einen Einsatz auf dem Balkan noch einen Einsatz in Afghanistan noch einen Einsatz am Horn von Afrika noch einen Einsatz im Kongo noch einen Einsatz im Libanon.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Das waren Zeiten!)

(C) Wir standen damals auch noch nicht vor den Herausforderungen, die sich aus dem 11. September 2001 ergeben haben. Ich bin froh darüber und dankbar dafür – denn es ist dringender denn je –, dass es gestern gelungen ist, ein Weißbuch zur sicherheitspolitischen Standortbestimmung der Bundesrepublik Deutschland einvernehmlich zu verabschieden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

An dieser Stelle möchte ich einen Satz zu den aktuellen Irritationen im Hinblick auf den **Libanoneinsatz** sagen, über die ich heute gelesen habe. Ich will vor diesem Hohen Hause unterstreichen, dass wir deutlich gemacht haben, dass wir die UN-Resolution unterstützen, dass wir mit UNIFIL gut und effektiv zusammenarbeiten, dass wir klare Rules of Engagement haben. Die Zusammenarbeit mit der libanesischen Armee erfolgt in einer hervorragenden Art und Weise. Auf unserem Führungsschiff befindet sich ein Verbindungsoffizier. Im Hinblick auf die Befahrerlaubnis innerhalb der Sechsmilenzone gibt es keine Konditionierungen, sodass wir unseren Auftrag – die Unterstützung der Souveränität des Libanon und die Durchsetzung des Waffenstillstands sind unser Ziel – sachgerecht, so, wie ihn der Bundestag beschlossen hat, erfüllen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das Weißbuch soll die Grundlage für eine sicherheitspolitische Debatte in Deutschland sein. Ich denke, dass wir uns inhaltlich noch mehr mit diesen Fragen auseinander setzen müssen; denn es geht um die **Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger**. Das Koordinatensystem und die Herausforderungen haben sich in den letzten Jahren entscheidend verändert. Auch darüber müssen wir in der Öffentlichkeit eine Diskussion führen.

(D)

Durch die Sicherheitspolitik und insbesondere durch die Auslandseinsätze rückt auch unsere Verantwortung, die wir im Rahmen unserer **internationalen Verpflichtungen** wahrnehmen, mehr in den Blickpunkt. Deshalb denke ich, dass das Weißbuch zum richtigen Zeitpunkt erscheint. Am 1. Januar 2007 übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Darüber hinaus hat Deutschland danach auch den Vorsitz in der G 8. Unsere internationalen Partner und Verbündeten haben große Erwartungen an uns. Deshalb ist es gut, dass wir unsere Vorstellungen zur Sicherheitspolitik klar und deutlich formuliert und im Weißbuch vorgelegt haben. Bei seinem gestrigen Besuch hat der NATO-Generalsekretär mir gegenüber noch einmal darauf hingewiesen, wie dankbar er ist, dass die Bundesrepublik Deutschland auf diese Art und Weise ihre internationalen Verpflichtungen wahrnimmt und ihren Beitrag zu Frieden stiftenden Einsätzen in der Welt leistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, Deutschlands Sicherheit ist untrennbar mit der politischen Entwicklung in Europa und in der Welt verbunden. Deshalb denke ich, es ist richtig, dass wir die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die sich unserem Land zurzeit stellen, eindeutig und klar benannt haben. Dabei geht es erstens um die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus,

**Bundesminister Dr. Franz Josef Jung**

- (A) zweitens um die Herausforderungen im Hinblick auf die weltweite Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägermitteln und drittens um die Herausforderungen durch innerstaatliche Konflikte, Staatszerfall und ähnliche Krisen, die auch für unser Land Bedrohungslagen mit sich bringen. Es ist notwendig und wichtig, dass wir diesen **Risiken und Bedrohungen** rechtzeitig vor Ort begegnen, bevor sie eine Gefahrensituation für unser Land darstellen. Insofern liegen die Einsätze der Bundeswehr im Interesse der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich habe gerade gesagt: Bislang waren insgesamt mehr als 200 000 Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen. Aktuell sind 9 000 Soldatinnen und Soldaten auf drei Kontinenten im Einsatz. Deshalb stellt sich zu Recht die Frage – sie wird nicht nur von Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch von Soldaten gestellt –: Auf welcher Grundlage ist die Notwendigkeit derartiger Einsätze zu beurteilen?

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Ja! Genau darum geht es!)

Aufgrund welcher Interessen und welcher Werteorientierung finden diese Einsätze statt?

Es ist gut, dass wir diese **Grundprinzipien** im Rahmen unseres Weißbuches formuliert haben. Niemand wird die Auffassung vertreten, wir würden lediglich einen Katalog von eins bis zehn formulieren, ihn abhaken und dann könne der Auslandseinsatz stattfinden.

- (B) (Dr. Peter Struck [SPD]: Richtig!)

Das würde, glaube ich, unserer Verantwortung im Hinblick auf die Abwägung nicht gerecht.

Aber eines sollte klar sein: Die Auslandseinsätze müssen den Werten unseres Grundgesetzes entsprechen, sie müssen den Zielen und Verantwortlichkeiten im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen entsprechen und sie müssen unseren Interessen entsprechen. Auf dieser **Wertegrundlage** muss dann die Entscheidung getroffen werden, an welchen Einsätzen wir uns beteiligen und an welchen nicht. Niemand wird den Anspruch erheben, dass wir eine Art Weltpolizei darstellen sollten. Aber wir müssen unseren Beitrag zur **Krisen- und Konfliktbewältigung** vor Ort leisten, um Bedrohungen für unser Land abzuwehren. Das entspricht unseren Werten, unserem Auftrag und unseren Interessen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik muss eingebettet sein in die transatlantischen Beziehungen der Nordatlantischen Allianz und in die Fortentwicklung einer Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, aber auch in die Fortentwicklung der Europäischen Union insgesamt. Deshalb müssen die **deutsch-amerikanischen Beziehungen** auf einer freundschaftlichen und vertrauensvollen Grundlage weiterentwickelt werden. Dadurch können wir auch den Verbund zu unserem stärksten Anker in der Sicherheits- und Verteidigungspo-

litik, der **NATO**, herstellen. Die NATO muss die Grundlage unserer kollektiven Verteidigung bleiben und auch in Zukunft die Garantie für Sicherheit und Verteidigung in Deutschland, aber auch darüber hinaus, darstellen.

Die NATO verfügt über ein einzigartiges militärisches Kräfteedispositiv und hat die Fähigkeiten, Konflikte zu beenden. Ich darf an die Situation auf dem **Balkan** erinnern: Es war dort erst möglich, befriedend und stabilisierend zu wirken, als die NATO Verantwortung übernommen hat. Wir haben den Einsatz in Bosnien-Herzegowina jetzt in eine europäische Verantwortung überführt. Aber wir brauchen im Kosovo weiterhin die Unterstützung der NATO. Ich hoffe, dass mit einem positiven Ergebnis der Statusverhandlungen der Prozess der Stabilisierung und friedlichen Entwicklung dieser Region vorankommt. Letztlich müssen wir alles daransetzen, dass eine Situation, wie sie in dieser Region, die mitten in Europa liegt, entstanden ist, nicht wieder vorkommt, indem wir die Region politisch stabilisieren und dazu beitragen, dass sie sich friedlich entwickelt – im Interesse Europas, aber auch im Interesse unseres eigenen Landes.

Die **Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik** ist weiter fortentwickelt worden. Als diese Bundesregierung ins Amt kam, hat niemand voraussehen können, dass wir in diesem Jahr einen europäisch verantworteten Einsatz im Kongo durchführen würden oder einen, so darf ich sagen, europäisch dominierten Einsatz im Libanon. Dies zeigt, wie sich auch im Rahmen der Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik die Dinge fortentwickelt haben.

Was ich dabei als einen ganz wichtigen, entscheidenden Punkt ansehe, ist, dass NATO und Europäische Union nicht in Konkurrenz zu sehen sind, sondern in einer partnerschaftlichen Beziehung miteinander stehen. NATO und Europäische Union bedingen einander, sie sind keine Konkurrenten. In dieser Art und Weise sollten wir unsere Sicherheitspolitik auch in Zukunft fortentwickeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben in diesem Halbjahr die Verpflichtung übernommen – auch das ist ein wichtiger Punkt, der in der öffentlichen Diskussion oft nicht auftaucht –, für die Schnelle Einsatztruppe der NATO, die NATO Response Force, die über insgesamt 25 000 Soldaten verfügt, 6 600 deutsche Soldaten zu stellen. Für die Schnellen Einsatztruppen Europas, die EU-Battle-Groups, von denen ab dem 1. Januar 2007 unter anderem gemeinsam mit den Niederlanden und mit Finnland eine bilden, stellen wir 1 500 deutsche Soldaten. Das zeigt, dass hier eine partnerschaftliche Beziehung zu entwickeln ist. Duplizitäten sind auf jeden Fall zu vermeiden. Denn es hat niemand die Kraft, Doppelungen vorzuhalten, weil die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer **partnerschaftlichen Beziehung zwischen NATO und Europäischer Union** fortzuentwickeln ist. Auf dieser Grundlage wird zu entscheiden sein, welche Schnelle Einsatztruppe in welchem Gebiet gegebenenfalls zum Einsatz kommt.

(C)

(D)

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

(A) Ein zentraler Punkt dieses Weißbuches ist, dass die deutsche Sicherheitspolitik auf einem umfassenden Sicherheitsbegriff beruht. Sie ist vorausschauend und sie ist multilateral angelegt. Sicherheit kann weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Die Erfahrungen der Bundeswehr im Einsatz zeigen ganz deutlich, dass unser **umfassender Sicherheitsansatz** richtig ist. Wenn ich das so sagen darf: Das Konzept der verbundenen oder der vernetzten Sicherheit spielt eine zentrale Rolle in diesem Weißbuch, es zieht sich sozusagen wie ein schwarz-rot-goldener Faden durch das Weißbuch. Ich glaube, dass wir gerade im Rahmen unserer internationalen Verantwortung immer wieder deutlich unterstreichen müssen, dass unsere Sicherheitspolitik militärische, aber auch entwicklungspolitische, wirtschaftliche, humanitäre, polizeiliche und nachrichtendienstliche Instrumente der Konfliktverhütung und der Krisenbewältigung integriert. Dies muss auch im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen der Fall sein. Ich bin sicher, dass wir etwa eine Operation wie die in **Afghanistan** nur dann erfolgreich bewerkstelligen können, wenn wir nicht nur militärisch Sicherheit herstellen, sondern auch alles daransetzen, den **Wiederaufbau** voranzubringen, damit wir die Herzen der Bevölkerung gewinnen, damit man uns nicht als Besatzungsmacht empfindet, sondern als Sicherheitsgaranten, der eine positive Entwicklung ermöglicht. Nur dann werden wir – das ist meine felsenfeste Überzeugung – in einem Prozess wie dem in Afghanistan erfolgreich sein. Ich bin froh, dass sich diese Überzeugung auch innerhalb der NATO jetzt doch weitestgehend durchsetzt.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, natürlich muss man sich bei einer vernetzten Sicherheitspolitik immer wieder auch die Frage stellen, wo sich beispielsweise **Berührungspunkte zwischen innerer und äußerer Sicherheit** ergeben. Dies hat schon oft zu entsprechenden öffentlichen Diskussionen geführt. Ich will hier nur sagen, dass wir auch in diesem Weißbuch deutlich gemacht haben, dass es heute neue **terroristische Bedrohungen** gibt, für deren Abwehr die Fähigkeiten der Polizei beispielsweise im Hinblick auf die **Luftsicherheit** und die **Seesicherheit** nicht ausreichen, sodass man dort die Fähigkeiten der Bundeswehr zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger nutzen muss. Deshalb erachten wir eine entsprechende verfassungsrechtliche Änderung für notwendig. Ich bin mir sicher – die Federführung dafür hat ja der Bundesinnenminister –, dass wir diese auch alsbald gewährleisten können.

Ich glaube, wir haben eine Verantwortung gegenüber unserer Bevölkerung dafür, dass wir den Schutz optimal gewährleisten. Niemand von uns will, dass von der Bundeswehr originäre Polizeiaufgaben übernommen werden. Wenn es aber eine terroristische Bedrohung aus der Luft oder von See her gibt und die polizeilichen Mittel nicht ausreichen, dann muss man die Möglichkeit haben, die Fähigkeiten der Bundeswehr zu nutzen, um unsere Bevölkerung umfassend schützen zu können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C) Meine Damen und Herren, eine aktiv gestaltende Sicherheitspolitik erfordert eine **leistungsfähige Bundeswehr**. Vergessen wir nicht: Wir haben eine Verantwortung für rund 360 000 Menschen mit und ohne Uniform, die in der Bundeswehr tätig sind – sei es im Bereich soldatischen Tuns, sei es im Bereich der zivilen Verwaltung. Die Bundeswehr hat den größten Wandel ihrer Geschichte und aller europäischen Armeen hinter sich. Wenn ich daran denke, was der Bundestagspräsident einleitend gesagt hat, dann muss ich hinzufügen: Als ich noch Bundeswehrsoldat war, habe ich den Einmarsch der Sowjetunion in die Tschechoslowakei und den letzten scharfen Alarm erlebt. Wir haben diese Situation zum Glück überwunden und wir sind zu einer Armee der Einheit geworden. Die Bundeswehr hat einen unglaublichen Prozess durchlaufen. Wir haben die **innere Einheit Deutschlands** innerhalb der Bundeswehr erreicht. Ich wäre froh, wenn wir hinsichtlich der inneren Einheit unseres Landes in den anderen gesellschaftlichen Bereichen genauso weit wie die Bundeswehr wären.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Die Bundeswehr ist zu einer Armee im Einsatz geworden, die auf der Grundlage unserer Philosophie des **Staatsbürgers in Uniform**, auf der Grundlage unseres Grundgesetzes, wie ich es einleitend gerade gesagt habe, und auf den **Grundsätzen der inneren Führung** operiert und die ihre Tätigkeit auch weiterhin auf diesen leitenden Prinzipien aufbaut. Jeder Vorgesetzte, der Verantwortung trägt, muss durch sein Verhalten Vorbild sein; denn nur so kann der richtige Geist in der Truppe vorgelebt werden.

(D) Dies gilt auch hinsichtlich der **Traditionen** innerhalb der Bundeswehr. Für uns stehen die preußischen Heeresreformen, der militärische Widerstand gegen das NS-Regime – gestern haben wir das Weißbuch im Staufenbergssaal verabschiedet –, die Geschichte der Bundeswehr und die Werte des Grundgesetzes im Mittelpunkt. Das ist die Grundlage für unsere Traditionen und für die Tradition der Bundeswehr. In dieser Art und Weise sollten wir die Bundeswehr auch fortentwickeln.

Ein letzter Gedanke. Ich bin froh darüber, dass wir vereinbaren konnten, die Bundeswehr auf der Basis der **allgemeinen Wehrpflicht** fortzuentwickeln. Die Erfolgsgeschichte der Bundeswehr ist durch die Wehrpflichtarmee geprägt. Die allgemeine Wehrpflicht stellt die Verbindung der Bundeswehr mit unserer Gesellschaft dar. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir eine Übereinstimmung dahin gehend erzielt haben, die Wehrpflichtarmee auch in Zukunft beizubehalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, dass die Leistungen der Bundeswehr – die Einsatzfähigkeit sowohl im Äußeren als auch zum Schutz unseres Landes – unseren Rückhalt und auch unseren Dank verdienen. Denn unsere Soldatinnen und Soldaten verteidigen das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes: unser Recht und unsere Freiheit. Unser Ziel bleibt ein Deutschland, das auch in der Welt von morgen handlungsfähig, bündnisfähig und gestaltungsfähig ist, ein Deutschland, das sich

**Bundesminister Dr. Franz Josef Jung**

- (A) im Interesse der Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger aktiv für diese Sicherheit einbringt.

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort der Kollegin Birgit Homburger, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Birgit Homburger (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich möchte Ihnen zu Beginn meiner Rede für die klaren Worte danken, die Sie für die schockierenden Vorgänge gefunden haben, die gestern öffentlich geworden sind und von denen wir noch nicht wissen, welchen politischen Schaden sie anrichten werden. Das ist alles noch nicht absehbar.

Es hat aber – das will ich deutlich sagen – auch etwas mit dem Weißbuch zu tun; denn Sie beschreiben im Weißbuch zu Recht die **Prinzipien der inneren Führung**, die seit 50 Jahren in der Bundeswehr gelten. Angesichts der Tatsache, dass es diese Prinzipien gibt, ist es umso alarmierender, dass solche Vorgänge in der Bundeswehr möglich sind.

Ich kann Ihre Feststellung, dass die an solchen Vorgängen Beteiligten wissen müssen, dass es für sie in der Bundeswehr keinen Platz gibt, nur unterstreichen. Wer so etwas tut, hat in der Bundeswehr nichts verloren.

- (B)

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte Sie auch hinsichtlich einer schnellen Aufklärung unterstützen. Wir brauchen eine schnelle, umfassende und restlose Aufklärung dieser Vorfälle. Das sind wir vor allen Dingen all den Soldatinnen und Soldaten schuldig, die sich gegenwärtig in Auslandseinsätzen befinden, die sich vorbildlich verhalten und eine hervorragende Arbeit leisten. Ihnen sind wir schuldig, dass diese Vorwürfe gegenüber der Bundeswehr so schnell wie möglich ausgeräumt werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir warten seit Monaten gespannt auf das **Weißbuch**. Immerhin muss man konstatieren, Herr Minister, dass Sie das geschafft haben, woran Rot-Grün gescheitert ist, nämlich ein Weißbuch vorzulegen. Wer allerdings ein außen- und sicherheitspolitisches Grundsatzdokument erwartet hat, das eine längerfristige Orientierung liefert, die über den Horizont von Regierungen hinausgeht, der fühlt sich völlig verloren.

In diesem Weißbuch ist keine gesamtpolitische Konzeption erkennbar. Es verliert sich auf vielen Seiten in der Beschreibung bestehender Strukturen. Wer Antworten auf die Fragen sucht, die Sie selbst zu Beginn in verschiedenen Szenarien aufwerfen, wird dies vergeblich tun. Da ist an dieser Stelle völlige Fehlanzeige. Sie ha-

ben die Chancen, die mit diesem Weißbuch verbunden waren, schlicht und ergreifend nicht genutzt, meine Damen und Herren von der Koalition.

- (C)

(Beifall bei der FDP – Zuruf von der SPD: Unsinn!)

Herr Minister, Sie haben sich zu Recht zu den Diskussionen über den **UNIFIL-Einsatz** geäußert, weil auch im Weißbuch die Auslandseinsätze noch einmal dokumentiert sind. Sie haben hier festgestellt, dass es im Zusammenhang mit dem UNIFIL-Mandat für die Bundesmarine keinerlei Konditionierung hinsichtlich des Einsatzes gibt, Herr Minister. Dann möchte ich aber von Ihnen Auskunft über den schriftlichen Bericht an das Parlament, den wir aus Ihrem Hause erhalten haben. Was stimmt denn jetzt? Trifft das zu, was in dem Bericht enthalten ist – nämlich dass Operationen in der Sechsmilenzone ausschließlich auf Anforderung Libanons möglich sind –, oder das, was Sie hier gesagt haben, Herr Minister? Darüber brauchen wir als Parlament Aufklärung. Denn dies war einer der zentralen Punkte, die im Rahmen der Diskussion über das UNIFIL-Mandat eine Rolle gespielt haben. Selbst die Bundeskanzlerin hat auf einer Pressekonferenz auf Nachfrage zu der damaligen Siebenmilenzone erklärt: Nein, es gibt sie nicht. „Wir können den gesamten Bereich befahren, wie es erforderlich ist.“ – Das ist O-Ton Bundeskanzlerin Merkel.

Das, was wir nun wissen, bedeutet aber, dass dem Waffenschmuggel in einer Zone von bis zu 6 Seemeilen Tür und Tor geöffnet ist und dass die Marine nicht selbstständig handeln kann. Das ist nicht etwa ein militärisches Detail und keine technische Vereinbarung mit dem Libanon, Herr Minister. Dieser Aspekt war vielmehr für viele Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses entscheidend. Sie machen das Gegenteil von dem, was Sie dem Deutschen Bundestag versprochen haben. Damit wird der Einsatz zur Farce; denn eine effektive Kontrolle des Waffenschmuggels ist nicht mehr möglich. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Bundesregierung, ist Wortbruch gegenüber dem Parlament. Das werden wir nicht dulden.

- (D)

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, ich hätte mir gewünscht, dass Sie etwas zu dem nun öffentlich gewordenen Zwischenfall mit der **israelischen F-16-Maschine** gesagt hätten. Das ist doch ein kapitaler Vorgang. Wir von der FDP haben immer gesagt: Selbst wenn der Einsatz nur auf See erfolgt, sind Zusammenstöße – auch mit den Israelis – nicht ausgeschlossen. Die Bundesmarine ist noch keine zehn Tage im Einsatz und schon müssen Sie den ersten Zwischenfall einräumen.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Weißbuch!)

Egal ob es nun so war, wie es im Verteidigungsausschuss des Bundestages dargelegt wurde, oder ob die Darstellung der Israelis stimmt, es ist ein Zwischenfall. Das, wovon wir gewarnt haben, ist damit bereits Realität geworden.

(Gert Weisskirchen [Wiesloch] [SPD]: Im Moment sind Sie der Zwischenfall!)

